

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	GB 5 Geschäftsbereich Personal, Digitalisierung und Wirtschaft
	Ressort / Stadtbetrieb	404 - Haupt- und Personalamt
	Bearbeiter/in Telefon (0202)	Joshua Finn Schürmann 563 8301
	E-Mail	joshuafinn.schuermann@stadt.wuppertal.de
	Datum:	21.10.2024
	Drucks.-Nr.:	VO/1284/24 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
05.11.2024	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Empfehlung/Anhörung
07.11.2024	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
11.11.2024	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beauftragung von Partnerschaft Deutschland mit der Durchführung von Ausschreibungsverfahren		

Grund der Vorlage

Beauftragung der Verwaltung gemäß Beschluss des Rates der Stadt Wuppertal vom 16.09.2024 eine Entscheidungsgrundlage für die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zur Umsetzung der in dem Bericht (VO/1042/24/1-Erg.) dargestellten Ausschreibungen vorzulegen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 133.000 € für das Haushaltsjahr 2024 für die Beauftragung der Gesellschaft Partnerschaft Deutschland zu.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist grundsätzlich einverstanden. Es bestehen gleichwohl Bedenken hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Unabweisbarkeit sowie wegen der inzwischen fehlenden Deckungsmöglichkeit.

Unterschrift

Dr. Sandra Zeh

Begründung

Mit Ratsbeschluss vom 16.09.2024 wurden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 380.000 € bereitgestellt, um die Gesellschaft Partnerschaft Deutschland (PD) mit der Durchführung von insgesamt 25 hoch priorisierten Ausschreibungen zu beauftragen, die seit längerer Zeit wegen personeller Unterdeckung im Beschaffungsmanagement der Stadtverwaltung nicht bearbeitet werden konnten.

Der Finanzausschuss hatte in seiner Sitzung am 10.9.24 darum gebeten, darzustellen, welche (zusätzlichen) Finanzmittel bereitgestellt werden müssten, um sämtliche seit langer Zeit unbearbeiteten Ausschreibungen durch PD durchführen zu lassen.

Dazu wurde dem Rat die Drucksache VO/1042/24/1-Erg. vorgelegt. Der Mittelbedarf ist darin auf 308.000 € kalkuliert worden.

Die Verwaltung ist auf dieser Grundlage vom Rat beauftragt worden, eine Entscheidungsgrundlage für die Bereitstellung der für den Abbau dieser zusätzlichen Ausschreibungen benötigten außerplanmäßigen Mittel vorzulegen.

Dazu sind diese rückständigen Ausschreibungen nochmals überprüft und priorisiert worden. Einige der noch im September rückständigen Ausschreibungen sind wegen der vorliegenden Eilbedürftigkeit vom Beschaffungsmanagement inzwischen bereits selbst gestartet worden.

Daher reduziert sich die Anzahl der seit längerem unbearbeiteten und besonders dringlichen Ausschreibungen, die von Partnerschaft Deutschland durchgeführt werden könnten, auf sieben. Dazu gehören insbesondere Rahmenverträge für unterschiedliche Lieferungen und Leistungen wie z.B.

1. Einmalhandschuhe für den Rettungsdienst
2. Möblierung und pädagogischer Bedarf für Kindertagesstätten
3. Hygieneartikel und Reinigungsbedarfe
4. Umzugs- und Transportleistungen
5. Entsorgungsleistungen
6. Polstermöbel für die Schulen
7. Abschleppen und Verwahren von Fahrzeugen

Die Rahmenverträge werden zur Bedarfsdeckung für die Leistungseinheiten der Stadt benötigt. Fehlen diese, steigt der Aufwand für die dann jeweils in hoher Anzahl individuell erforderlichen Angebotseinholungen – was zu weiteren Kapazitätsengpässen führen würde. Kurzfristige Bedarfe könnten nicht zeitgerecht gedeckt werden. Zudem bringen Einzelbeschaffungen wirtschaftliche Nachteile mit sich, da Preisvorteile durch Bedarfsbündelungen nicht genutzt werden könnten.

Alle Ausschreibungen beziehen sich auf Aufgaben, die erfüllt werden müssen.

Zum einen geht es um Maßnahmen der Gefahrenabwehr (Ziffer 1 und 7), zum anderen um die Aufrechterhaltung der Bildungsarbeit in den Kitas und Schulen (Ziffer 2 -6).

Ein weiteres Verschieben der Ausschreibungen würde neben den o.a. dargestellten wirtschaftlichen Nachteilen auch negative Konsequenzen für die Aufgabenerfüllung in den Bereichen haben. Insofern ist die Bereitstellung der Mittel unabweisbar.

Wie bereits in den o.a. Drucksachen dargestellt, erfolgt die Abrechnung der Leistungen von PD auf Stundenbasis mit einem Satz von ca. 200 € netto.

Der Aufwand ist abhängig von der Komplexität der Ausschreibung; durchschnittlich werden pro Ausschreibung 80 Arbeitsstunden kalkuliert.

Dies bedeutet, dass für die o.a. sieben zu betreuenden Ausschreibungen Mittel in einer Gesamthöhe von 133.000 € benötigt werden.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

neutral /nein

ja, positive Auswirkungen

ja, negative Auswirkungen

Begründung:

Da es sich um die Bereitstellung von Finanzmitteln handelt, ergeben sich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Finanzierung

Eine Deckung für die Bereitstellung der Mittel ist nicht vorhanden. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation ist eine Deckung durch das prognostizierte Jahresergebnis 2024 (VO/1046/24) nicht möglich. Die Bereitstellung der o.g. Mittel wird folglich das Jahresergebnis 2024 weiter verschlechtern und das Eigenkapital der Stadtverwaltung vermindern.